

PRESSEMITTEILUNG

Bremen, 23.06.2026

Internet

<https://www.oberverwaltungsgericht.bremen.de>

Az.: 1 D 146/25 und 1 D 148/25

**Mündliche Verhandlung
vor dem Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen
Montag, den 29. Juni 2026 - 10:00 Uhr, Saal 4,
Justizzentrum Am Wall, Saal 4, Am Wall 198, 28195 Bremen**

Der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts verhandelt am 29.06.2026 erstinstanzlich über zwei Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 31.03.2025 betr. die Errichtung eines Wartungsstützpunktes für Züge des Expresskreuzes Bremen/Niedersachsen (EBN) in Bremen-Oslebshausen.

Die Vorhabenträgerin plant den Bau einer Werkstatt und einer Abstellanlage für Züge nebst entsprechender Anbindung u.a. an das bestehende Schienen- und Oberleitungsnetz der Bremischen Hafeneisenbahn, das wiederum an das Bundeseisenbahnnetz angeschlossen ist. Den für das Vorhaben erlassenen Planfeststellungsbeschluss der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung haben sowohl Anwohner:innen als auch verschiedene Unternehmen, die ihren Sitz in den anliegenden Häfen haben, im Klagewege angefochten. Die Anwohner:innen rügen neben formellen Fehlern des Planfeststellungsbeschlusses u.a. einen Verstoß gegen Lärmvorschriften. Zudem sei nicht hinreichend berücksichtigt worden, dass sich an dem Vorhabenstandort eine Kriegsgräberstätte befinde. Die klagenden Unternehmen monieren insbesondere, dass die Inbetriebnahme der Eisenbahnwerkstatt eine Überlastung des auch von ihnen genutzten Gleises des Bundeseisenbahnnetzes zur Folge habe und ihre Belange als mittelständische Unternehmen nicht ausreichend berücksichtigt worden seien.

Hinweis zu Ton- und Fernhaufnahmen:

In der mündlichen Verhandlung sind Hörfunk- und Fernhaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts zulässig, bis das Gericht die Anwesenheit der Beteiligten festgestellt hat. Die verantwortlichen Journalistinnen und Journalisten werden gebeten, dies zu beachten.

Die Pressearbeit erfolgt vertretungsweise durch VRiVG Herrn Stahnke (Tel.: 0421/361 - 58568, e-mail: niklas-janis.stahnke@verwaltungsgericht.bremen.de).
